Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:
Johannisgasse 8.
Fernsprecher 153 und 222.
Filialexpeditionen:
Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3,
L. Lösche, Katharinenstr. 14, u. Königspl. 7.

Haupt-Filiale Dresden:
Marienstraße 34.
Fernsprecher Amt I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:
Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg.,
Lützowstraße 10.
Fernsprecher Amt VI Nr. 4603.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.
Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, vor den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.
Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰ (excl. Porto).

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Annahmeschluß für Anzeigen:
Abend-Ausgabe: Vormittags 10 Uhr.
Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.
Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.
Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig

Nr. 182. **Freitag** den 10. April 1903. **97. Jahrgang.**

Die Politik Rußlands gegen Finnland.

Man schreibt uns: Die finnländischen Verhältnisse beginnen eine Wendung zu nehmen, welche eine Katastrophe in absehbarer Zeit nicht unmöglich erscheinen läßt. Die russische Regierung hat im Großfürstentum eine förmliche Gewaltherrschaft proklamiert, bei der man nicht nach Recht und Gesetz fragt und nur das sogenannte Staatsinteresse, d. h. das Interesse der die Zerstörung jeder Eigenart bedingenden Entnationalisierung gelten läßt. In letzter Zeit sind in Finnland Dinge passiert, die wohl einzig in einem geordneten Staatswesen dastehen und nur als Vorboten von Schlimmerem angesehen werden können. Wir meinen nicht die häufigen Maßregelungen der finnländischen Blätter, die schroffe Behandlung einzelner, mißliebiger Personen und die Amtsentsetzung unbequemer Richter und Beamten. Das ist früher ebenfalls vorgekommen, und das ereignet sich auch in anderen Staaten, wenn die Regierungen ihren Willen gegen die Bevölkerung durchsetzen wollen. Das besondere Kennzeichen der gegenwärtigen Lage im autonomen Großfürstentum ist aber der Eingriff in die Tätigkeit der Gerichte, die tatsächliche Außerkraftsetzung der geordneten Rechtspflege, die naturgemäß große Unsicherheit auf allen Gebieten nach sich ziehen muß. Wenn Beamte der Polizei eine gerichtliche Versteigerung zur Deckung einer kommunalen Forderung verhindern und den Zeugen das Erscheinen vor Gericht verwehren, wenn durch die Schergen der russischen Regierung ein verurteilter Dieb willkürlich befreit und im Triumphe aus dem Gerichtssaale fortgeführt wird, so ist das die Aufhebung von Recht und Gesetz und die Verkündigung der Herrschaft der rohen Gewalt.

Man scheint es in Petersburg empfunden zu haben, wie schlimm dieses Vorgehen nicht nur in Finnland, sondern allenthalben in Europa wirken muß, und deshalb ist nachträglich durch den Willen des Zaren der Generalgouverneur Bobrikoff als unumschränkter Diktator Finnlands proklamiert worden. Er soll in Zukunft das Recht erhalten, jeden ihm passenden Schritt zu unternehmen, wenn ihm die Maßnahmen der finnländischen Behörden nicht ausreichend erscheinen. Damit wird freilich die Gewaltpolitik in Finnland nicht entschuldigt; aber man weiß jetzt wenigstens, daß alles, was dort von den Gouverneuren, dem Generalgouverneur, und auch von den unteren Polizeiorganen geschieht, nicht private Willensäußerungen der Beamten sind, sondern auf den Wunsch und Befehl des selbstherrschenden Zaren, der höchsten gesetzgebenden Gewalt in Rußland zurückzuführen ist. Damit ist das Schicksal Finnlands besiegelt. Die russische Regierung wird alle verfügbaren Kräfte aufwenden, um ihren Plan, das Großherzogtum, sei es auch nur äußerlich, mit dem Gesamtreiche zu verschmelzen und die Bevölkerung zur Unterwerfung unter die allgemeinen Staatsgesetze zu zwingen, durchzuführen.

Es ist die gleiche, in den 80er Jahren des vorigen Jahrhunderts gegen die baltischen Provinzen zur Anwendung gekommene Taktik. Nur scheint man hier noch einen Schritt weiter gegangen zu sein. Mit derartiger, jedem Rechtsgefühl hohnsprechender Rücksichtslosigkeit hat man dort die Gerichte und Verwaltungsbehörden nicht gemißhandelt. Gewaltsame Befreiungen straffälliger Verbrecher sind in Livland, Estland und Kurland nicht vorgekommen, obwohl man es freilich am Chikanen, an verschiedenen indirekten Störungen der öffentlichen Rechtspflege, und an unbefugten Eingriffen nicht fehlen ließ. Seitdem in den Ostseeprovinzen die äußere Gleichstellung mit den übrigen Reichsteilen einigermaßen durchgeführt ist, hat man sich mit vollster Kraft auf die letzte Grenzmark geworfen, die nun ebenfalls ihre staatliche Eigenart verlieren soll. Ist das geschehen, so hat der Panslawismus ein weiteres Ziel erreicht, und es wäre nur noch die Frage, was er sich dann als Gegenstand des Angriffes aussuchen will.

Die Härte und der Rechtsbruch gegen Finnland stehen in einem merkwürdigen Gegensatze zum jüngsten, vielfach über Gebühr gepriesenen Manifest des Zaren. Wo bleiben die „Gebote der Toleranz", wenn man eine große Untertanengruppe, die nicht das Mindeste verbrochen hat und die nur den großen Fehler besitzt, nicht zur herrschenden Rasse zu gehören, in solcher empörenden Weise vergewaltigt? Soll der Geist des Wohlwollens und der Milde, der anscheinend den ganzen Erlaß durchzieht, sich nur auf den großrussischen Stamm erstrecken, nur diesem gewisse Wohltaten in Aussicht stellen, sollen die Grenzmarken, welche dem Reiche von größtem kulturellen Werte sind, von jeder Erleichterung ausgeschlossen bleiben? Dann hat die Kundgebung nichts bedeutet, oder sie ist ergangen unter dem Drucke der Bewegung, welche weite Schichten des russischen Volkes ergriffen hat und die bestehende Ordnung im Zarenreiche bedroht. Diesen Massen, sollten sie sich mobilisieren, steht man anscheinend ratlos gegenüber; aber gegen die loyalen Staatsbürger, bei denen wegen ihrer Minderheit von einem ernstlichen Widerstande nicht die Rede sein kann, glaubt man sich alles erlauben zu dürfen.

Wie die Dinge gegenwärtig in Finnland liegen, muß man damit rechnen, daß die vielfach gebrochene Verfassung des autonomen Großfürstentums über kurz oder lang beseitigt wird, und daß man gleichzeitig russische Schulen, die Herrschaft der Staatssprache und staatliche Gerichte und Verwaltungsbehörden in Finnland einführt. Das ist eine Forderung des Panslawismus, und die Regierung wird dem schließlich nachgeben. Aber daß man die Finnländer deshalb wirklich zu Russen macht, darf als ausgeschlossen angesehen werden. Auch bei den Balten ist dieser Prozeß bisher nicht geglückt, trotz aller Mühe, mit der man der Verwaltung und dem Schulwesen den russischen Charakter aufzudrücken suchte. Das Deutschtum in den Ostseeprovinzen ist noch lange nicht verloren. Die Finnländer werden ebenso ohne besondere politische Rechte ihr Volkstum sich zu erhalten wissen. Die russische Regierung schadet sich selbst durch die ebenso harten, wie ungerechten Maßnahmen gegen das Großfürstentum. Sie vermehrt nur die Zahl der Unzufriedenen und vermindert die loyalen Untertanen, an denen in Rußland wahrlich kein Ueberfluß herrscht. Das wird sich einmal schwer rächen.

Deutsches Reich.

+ **Berlin,** 9. April. (Der phantastisch-realpolitische Björnson.) In lockenden Farben schildert Bjørnstjerne Björnson im „Berliner Tageblatt" die Aussichten eines pangermanischen Bündnisses. Ein solches Bündnis müsse das höchste Ziel der Jugendträume in England, wie in Deutschland, in Amerika, wie in Oesterreich, der Schweiz, den Niederlanden und Skandinavien sein, und die Verwirklichung dieser Träume werde der nächste große Staatsmann germanischer Abstammung sich zur Lebensaufgabe machen. Der pangermanische Bund bringe durch seine bloße Existenz den Weltfrieden, er mache also — so darf man folgern — kriegerische Rüstungen überflüssig. Daß die Verschiedenheit der Interessen dem Abschlusse eines pangermanischen Bündnisses im Wege steht, kann Björnson freilich nicht leugnen. Doch hilft er sich mit dem Troste, die Politik der offenen Tür vermöge die meisten Schwierigkeiten jener Art zu beseitigen. Dieses Vertrauen auf die Politik der offenen Tür zu einer Zeit, wo sowohl in Europa, wie in Amerika der schutzzöllnerische Gedanke immer tiefere Wurzeln schlägt und wo selbst englische Kolonien sich mehr und mehr zu einer Bevorzugung Großbritanniens entschließen, muß ebenso sehr in Erstaunen setzen, wie der Glaube, daß der Weltfrieden schon durch die bloße Existenz eines pangermanischen Bundes gesichert sei. Aber vermutlich tut man Björnson Unrecht, wenn man meint, es sei ihm mit seiner phantastischen Empfehlung eines pangermanischen Bündnisses ernst. Vermutlich dient Björnsons pangermanische Phantasie lediglich als Deckmantel für höchst realpolitische Absichten, die er im Anschluß an jene entwickelt: sein erbitterter Kampf gegen das ihm stammverwandte Schweden und seine frühere notorische Freundschaft für Rußland müssen diese Vermutung erhärten. Björnsons Realpolitik aber betrifft die preußische Politik in Nord-Schleswig. Sie sieht, wie Björnson in leidenschaftlichen Wendungen ausführt, dem Pangermanismus im Norden als Hindernis im Wege! Wenn Björnson der preußischen Nordmarkpolitik den Vorwurf vollkommener Zwecklosigkeit macht, weil in Nord-Schleswig niemand daran denke, wieder Däne zu werden, so stellt er auch hier seine Phantasie in den Dienst seiner Realpolitik. Seit die preußische Nordmarkpolitik am 25. Januar 1899 im preußischen Abgeordnetenhause Gegenstand der Erörterung war, hat sie nicht trotz, sondern wegen ihres entschiedenen Vorgehens in Nord-Schleswig erfreuliche Erfolge erzielt. Aber nichts desto weniger scheint es zweifellos, daß das Ende der deutschfeindlichen dänischen Agitation in den schleswigschen Grenzbezirken noch nicht eingetreten ist. Welche Zwecke die Führer dieser Agitation verfolgen, ist in der erwähnten Sitzung des Abgeordnetenhauses sowohl von den Ministern v. Miquel, von der Recke und Bosse, wie von den Abgg. Bachmann, Graf Mielke, Friedberg und Jürgensen mit aller Bestimmtheit festgestellt worden. Nicht bloß gegen deutsche Sitte, deutsche Art, deutsche Sprache und deutsche Arbeit, sondern auch gegen die Integrität des preußischen Staates richtet sich die dänische Agitation; und je geschickter sie den Schlingen des Strafgesetzbuches sich zu entziehen versteht, um so notwendiger ist die vom Oberpräsidenten von Köller inaugurierte Abwehr. Im Hinblick auf Kaiser Wilhelms Besuch am dänischen Königshofe spricht das „Berliner Tageblatt" die Ansicht aus, daß in Nordschleswig „wohl bald die letzten Reste einer sogenannten Pazifizierungspolitik verschwinden werden". Die Irrtümlichkeit einer solchen Auffassung ist halbamtlich bereits beleuchtet worden. Daß diese offiziöse Feststellung auf das „Berliner Tageblatt" keinen Eindruck gemacht hat, nötigt nicht dazu, ihre Richtigkeit anzuzweifeln. Ernsthafte dänische und deutsche Politiker müssen sich sagen, daß für die Gestaltung der deutsch-dänischen Beziehungen die Verhältnisse Nord-Schleswigs ein noli me tangere in jeder Hinsicht zu bleiben haben. Vollends der Phantasie eines pangermanischen Bündnisses zu Liebe wird sich die preußische Nordmarkpolitik ganz gewiß nicht ändern!

A. **Berlin,** 9. April. Zur Beurteilung der Arbeiterausschüsse liefert einen wichtigen Beitrag die eingehende Schilderung, welche Dr. Petreuz in der „Sozialen Praxis" von der Wirksamkeit des Arbeiterausschusses der Optischen Werkstätte zu Jena (Firma Carl Zeiß) entwirft. Diese seit 1897 eingeführte Arbeitervertretung kommt ohne jeden Einfluß der Geschäftsleitung zu stande und kann zusammentreten, so oft sie will, auch ohne Anwesenheit der Betriebsleiter. Zu den Verhandlungsgegenständen, die im Laufe des Jahres den Jenaer Arbeiterausschuß beschäftigten, gehörten die Revision des Arbeitsvertrages, die Erweiterung des Pensionsstatuts, die Entschädigung bei notwendiger Arbeitsversäumnis (z. B. militärische Uebung), der Achtstundentag, der Betrieb der Fabrikkantine und der Fabrikbadeanstalt usw. Dieser Ueberblick zeigt, daß der Arbeiterausschuß sich mit bedeutsamen Angelegenheiten befaßt hat. Die Gleichgültigkeit der Arbeiterschaft, sich aus Furcht vor wirtschaftlicher Schädigung an der Wahl zu beteiligen, und die demselben Motiv entsprungene Besorgnis der Arbeitervertreter, Beschwerden vorzubringen, haben sehr nachgelassen. Schwerer kann der Mißstand beseitigt werden, daß Angelegenheiten, die nur einzelne Arbeiter angehen und auf dem gewöhnlichen Instanzenwege rascher zu erledigen sind, durch den Arbeiterausschuß zur Sprache gelangen; auch das Anbringen von Beschwerden auf Grund bloßer Vermutungen ist noch nicht abgestellt. Erziehend dürfte in beiden Richtungen die Einrichtung einer Siebenerkommission, die vom Arbeiterausschuß gewählt wird, wirken. Ein Arbeiterantrag, für den Ausschuß nicht bloß beratende, sondern mitbeschließende Stimme in allen Fällen von Akkordreduzierungen, Einführung von Arbeitsteilungen, Werkstattsveränderungen, Arbeitereinstellungen und Arbeiterentlassungen u. a. zu gewähren, wurde von der Betriebsleitung abgelehnt. Dazu nötigte die Ueberzeugung, daß der Ausschuß nicht im stande sei, die Verantwortung zu tragen.

C. H. **Berlin,** 9. April. (Die preußischen Landtagswahlen und die Sozialdemokratie.) Die sozialdemokratische Delegiertenkonferenz, die am 26. April die notwendigen Vorbereitungen für die preußischen Landtagswahlen treffen soll, verdient hohe Beachtung. Derselbe Eifer, den die Sozialdemokraten in der Agitation für die Reichstagswahlen entfalten, scheint sie jetzt auch für die Landtagswahlen ergriffen zu haben. Alle Stimmen, die früher von dem Dreiklassenwahlsystem nichts wissen wollten und deshalb energisch gegen die Beteiligung an den Landtagswahlen protestierten, sind jetzt verstummt; aus manchem Saulus ist ein Paulus geworden; Bebel und Singer haben auf der ganzen Linie gesiegt. Aus der sozialdemokratischen Kleinarbeit für die Landtagswahlen dringt natürlich selten etwas in die Oeffentlichkeit, aber allem Anscheine nach ist sie bereits ganz nachhaltig gefördert; namentlich Dr. Leo Arons ist unermüdlich tätig gewesen. Das sehr verzwickte Wahlreglement haben alle Agitatoren bereits gründlich im Kopfe. Bei der geradezu unerhörten Lauheit der Landtagswähler, namentlich in der dritten Abteilung — oft erscheinen nur 5 bis 6 Prozent —, kann es geradezu verblüffende Ueberraschungen geben, wenn die bürgerlichen Parteien sich nicht endlich den Schlaf aus den Augen reiben. Auf die Ueberraschungen setzen die Sozialdemokraten zum Teil ihre Hoffnung, und ohne Zweifel gibt es eine ganze Reihe von Wahlkreisen, in denen die Sozialdemokraten das Zünglein an der Wage bilden; es soll auch Wahlkreise geben, welche die Sozialdemokraten im ersten Ansturm zu erobern hoffen (Linden). Bebel und Singer sehen sich schon im Geiste als Führer einer kleinen Gruppe im Abgeordnetenhause. Bereiten ihnen die bürgerlichen Parteien durch Lauheit diesen Triumph, so wird man bald auch in der zweiten preußischen Kammer die tumultuarischen Scenen erleben, die den Reichstag so tief herabdrücken halfen.

⊙ **Berlin,** 9. April. (Telegramm.) Der **Kaiser** und die **Kaiserin** machten gestern nachmittag einen Spaziergang im Parke des Schlosses Bellevue, den der Kaiser später im Tiergarten fortsetzte. Den Abend verlebte das Kaiserpaar in stiller Zurückgezogenheit. — Heute morgen nahmen der Kaiser und die Kaiserin mit dem Prinzen Adalbert im Pfeilersaale des königlichen Schlosses das Heilige Abendmahl. Vormittags unternahm das Kaiserpaar einen Spaziergang im Parke von Bellevue. Der Kaiser begab sich später zu Fuß nach dem Auswärtigen Amte und hatte dort eine Besprechung mit dem Staatssekretär Freiherrn von Richthofen.

⊙ **Berlin,** 9. April. (Telegramm.) Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht eine Bekanntmachung vom 7. April, durch welche auf Grund des § 14 des Preßgesetzes vom 7. Mai 1874 das **Verbot der „Wiener Sonn- und Montagszeitung"** innerhalb des Reichsgebietes auf die Dauer von zwei Jahren erfolgt.

— Reichstagsabgeordneter Sotz hat, wie die „Elbinger Zeitung" meldet, in einer Wahlversammlung zu Strasburg (Westpreußen) die Mitteilung gemacht, daß nach seinen Informationen dem kommenden Reichstage eine Militärvorlage zugehen werde, die die Bildung eines neuen Armeekorps mit dem Sitze der Leitung in Allenstein fordert.

— Generalfeldmarschall Graf Waldersee vollendete gestern sein 71. Lebensjahr.

* **Essen,** 8. April. Die Stadt Essen besitzt gegenwärtig zwei Wohnungsinspektoren, deren Tätigkeit sich bereits als sehr erfolgreich erwiesen hat. Der Inspektor der inneren Stadt (Altstadt) hat soeben, wie die „Köln. Volksztg." mitteilt, einen eingehenden Bericht über die Wohnungsrevisionen während der Zeit vom 1. Dezember 1901 bis 30. November 1902 erstattet, während der Inspektor des Altendorfer Bezirks, dem auch die in der Nähe der Kruppschen Fabrik liegenden Straßen der Altstadt zugeteilt sind, nur über die Zeit vom 1. August bis 31. Dezember 1902 berichtet. Während die Gesamtzahl der Häuser in Essen 10 400 beträgt, sind in der angegebenen Zeit von beiden Inspektoren 705 Häuser mit 2996 Wohnungen revidiert worden. Von letzteren entsprachen 914 nicht den Vorschriften der Regierungspolizeiverordnung über die Wohnungen. Bei 602 Wohnungen wurden die Mängel von den Inhabern anerkannt und eine Beseitigung wurde in Aussicht gestellt. Die Polizeiverwaltung mußte um zwangsweise Durchführung ersucht werden bei 312 Wohnungen. Im Laufe des Jahres wurden die Mängel bei 630 Wohnungen beseitigt. 840 Wohnungen wurden als ungeeignet zum Bewohnen oder als überfüllt bezeichnet. In 115 Fällen wurde die Erlaubnis zum Beziehen oder Vermieten dieser Wohnungen verweigert, während sie in 768 Fällen erteilt wurde unter Gewährung einer angemessenen Frist zur Beseitigung der Mißstände. Wenn man von den Kruppschen Kolonniewohnungen absieht, so ist nach dem Bericht des einen Inspektors nur annähernd der sechste Teil der kleineren Leute so glücklich, neben dem Schlafzimmer und der Küche auch noch ein Wohnzimmer zu haben.

-r. **Mühlhausen i. Th.,** 9. April. In dem Streite der Krankenkassen mit ihren Aerzten ist es zu einem Waffenstillstand gekommen, nachdem gestern der Regierungsrat Jordan als Kommissar der Regierung zu Erfurt mit Vertretern der Parteien verhandelt hat. Die Aerzte halten ihre bisherige Forderung auf Erhöhung der Aerztegebühren um 16⅔ Prozent und zwar für die Ortskrankenkasse I mit der bisherigen Vergünstigung der Reduktion der Gebühren für geburtshülfliche und operative Leistungen auf 1 Prozent der Gesamtausgaben aufrecht. Wenn nach einer Prüfung der Vermögensverhältnisse der Kassen erklärt wird, daß die einzelnen Kassen die Mehrforderung befriedigen können, so werden die Mehrleistungen vom 1. April ab beansprucht. Andernfalls verzichten die Aerzte auf die Mehrforderungen. Sollten die Kassen auf diese Einigungsvorschläge nicht eingehen, so soll der jetzige Kampfeszustand bestehen bleiben. In dem Augenblicke aber, wenn andere von der Kasse bestellte Aerzte die Kassenpraxis aufnehmen, lehnen die Aerzte jede weitere Behandlung der Kassenmitglieder ab. Die Kassenvorstände wollen diese Vorschläge den für den 18. April einzuberufenden Generalversammlungen unterbreiten. Die Vorstände verpflichten sich, bis zu diesem Zeitpunkte alle Verhandlungen mit auswärtigen Aerzten auszusetzen und keine neuen einzuleiten. Die Aerztekommission hat sich damit einverstanden erklärt.

✓ **Koblenz,** 8. April. An der Besprechung betreffs der Trierer Schulfrage, welche, wie gemeldet, hier stattfand, nahmen außer dem Oberpräsidenten, der Regierungspräsident, die Dezernenten des Töchterschulwesens im Kultusministerium und das Provinzialschulkollegium teil. Wie die „Kobl. Volksztg." aus zuverlässiger Quelle zu melden weiß, soll die Angelegenheit in allerkürzester Zeit „zu aller Zufriedenheit" erledigt werden. Die Entscheidung liege gegenwärtig beim Kultusministerium.

Oesterreich-Ungarn.

Das Reichenberger Stadtverordnetenkollegium gegen die Tschechisierung des Justizwesens in Deutschböhmen.

f. **Reichenberg,** 10. April. Von dem Stadtverordneten Herzog ist in der am Dienstag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung nachstehender Dringlichkeitsantrag gestellt und einstimmig angenommen worden:

„Wir sehen uns veranlaßt, neuerlich mit aller Entschiedenheit dagegen Verwahrung einzulegen, daß bei den jüngsten Ernennungen im Justizdienste abermals für das deutsche Sprachgebiet in Böhmen Richter tschechischer Nationalität ernannt wurden und insbesondere, daß auch eine Richterstelle bei dem hiesigen Kreisgerichte mit einem tschechischen Beamten besetzt wurde.

Der Regierung kann der fanatische Haß nicht unbekannt sein, mit welchem das tschechische Volk, insbesondere aber auch die akademische Jugend desselben durchsetzt ist und daß demnach die Besetzung richterlicher Aemter über das deutsche Volk mit Angehörigen der tschechischen Nation von uns Deutschen nicht mehr als ein Akt geordneter Staatsverwaltung, sondern als eine nationale Unterjochung aufgefaßt werden muß; eine derartige Beherrschung durch Angehörige einer feindseligen Nation kann aber in einem geordneten Staate, welcher die Aufrechterhaltung des inneren Friedens anstrebt, gerechterweise keinem Volke zugemutet werden, am allerwenigsten aber dem deutschen Volke, welches im Staate der Volkszahl nach das größte, in seinen kulturellen und wirtschaftlichen Leistungen aber unstreitbar das erste ist.

Wir haben deshalb das Recht, auf das Feierlichste gegen einen Zustand Stellung zu nehmen, der in der Geschichte sonst nur als die Folgerscheinung der schimpflichsten Niederlage eines Volkes vorzukommen pflegt, und fordern den Stadtrat, sowie den Abgeordneten unserer Stadt auf das Nachdrücklichste auf, unter Vorlage dieser Entschließung bei dem K. K. Justizministerium gegen die jüngsten Richterernennungen Einspruch zu erheben."

Veranlaßt ist vorstehender Dringlichkeitsantrag dadurch, daß in jüngster Zeit in Böhmen 36 Gerichtsdirektionen ernannt wurden, von denen 32 der tschechischen und nur 4 der deutschen Nationalität angehören. Eine fortschreitende Tschechisierung zeigt sich auch bei den deutschen Postämtern.

Frankreich.

Ministerrat.

* **Paris,** 9. April. (Telegramm.) Der heutige Ministerrat im Elysée beschäftigte sich mit dem Programm für die Festlichkeiten, welche anläßlich der vom 1. bis zum 4. Mai während der Anwesenheit des Königs Eduard veranstaltet werden sollen. Danach empfängt der Präsident Loubet, der am Morgen des 1. Mai von seiner algerischen Reise zurückkehren wird, den König nachmittags 4 Uhr desselben Tages auf dem Lyoner Bahnhof in Paris. Der König wird in der englischen Botschaft absteigen. Zu seinen Ehren werden im Elysée ein Festessen und in der großen Oper eine Festvorstellung stattfinden. Die Abreise des Königs wird am 4. Mai morgens erfolgen. Außerdem stellte der Ministerrat die Einzelheiten für die Reise des Präsidenten Loubet nach Algerien und Tunis fest. Der Ministerrat beschäftigte sich ferner mit der Abstimmung der Deputiertenkammer vom letzten Dienstag. Er ist der Ansicht, daß die angenommene Tagesordnung die Einsetzung einer Untersuchungskommission, in welche richterliche Personen eintreten müßten, nicht in sich schließe. Der Ministerrat ist indessen der Ansicht, daß General André von seinem Rechte Gebrauch machte, wenn er